

Rede von Mechthild Rawert auf der Fraktion vor Ort Veranstaltung „Der Mindestlohn kommt“ am 15.12.2014

Liebe Anwesende,

liebe Kolleginnen und Kollegen von den Gewerkschaften,

liebe Genossinnen und Genossen,

herzlich willkommen zu unserer Diskussionsveranstaltung „Der Mindestlohn kommt“ hier im Fraktionssaal der SPD-Bundestagsfraktion. Ich begrüße Sie und Euch im Namen aller Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten. Ich freue mich, diese Veranstaltung zusammen mit Cansel Kiziltepe, Abgeordnete aus Friedrichshain-Kreuzberg, die gleich die Moderation übernimmt, und Klaus Mindrup, Bundestagsabgeordneter aus Pankow, der das Schlusswort spricht, durchzuführen. Ich freue mich, meine Kollegin Ute Finckh-Krämer, Abgeordnete aus Steglitz-Zehlendorf, dabei zu haben.

Als erstes einige organisatorische Ansagen:

- Ansage Eins: Wir fotografieren hier und setzen diese Fotos auf Facebook und nutzen sie für unsere SPD-Medien - wer nicht auf einem solchen Foto sein möchte, möge sich bitte auf die Bank rechts setzen.
- Ansage Zwei: Im Anschluss an die Veranstaltung ist für rund 200 Menschen ein Besuch der Kuppel möglich.
- Ansage Drei: Am Ausgang des Reichstagsgebäudes sammeln die MitarbeiterInnen die Namensschilder/Badges wieder ein.
- Ansage Vier: JedeR hat beim Betreten des Saales einen Zettel erhalten, auf dem Fragen gestellt werden können. Einige werden sofort in der Veranstaltung beantwortet werden können, andere erhalten eine Antwort per Mail.
- Ansage Fünf: Ich möchte mich herzlich bei allen MitarbeiterInnen der SPD-Landesgruppe bedanken, die diese Veranstaltung heute so gut vorbereitet haben. Ich finde, Sie haben einen riesigen Applaus verdient.

Liebe Gäste, wir können mit dem Applaus gleich fortfahren: Ich heiße ganz herzlich unsere Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, willkommen. Wir können mit dem Applaus gleich weitermachen.

Wir sind heute zahlreich, ja sehr zahlreich gekommen, um mehr über das am 3. Juli vom Deutschen Bundestag beschlossene „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“ zu erfahren. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland ist ein Meilenstein in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Liebe Andrea, vielen Dank, dass du heute bei uns bist und mit uns diskutieren wirst. Wir danken dir, dass wir mit das Lohndumping in Deutschland beenden und mehr Lohngerechtigkeit schaffen. Die SPD löst ihr zentrales Wahlversprechen ein. Gesagt. Getan. Gerech.

Unter uns sind viele Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften. Diese hohe gewerkschaftliche Teilnahme ist kein Zufall, denn seit Jahren haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gemeinsam mit den Gewerkschaften an der Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns gearbeitet.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist ein großer sozialdemokratischer Erfolg und ich bin stolz darauf, dass die SPD dieses Ziel in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hat und wir nun kurz vor dessen Umsetzung stehen.

Das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie ist ein historischer Durchbruch, von dem Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern profitieren. Endlich gilt für Beschäftigte in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn - wie es bereits in 21 anderen Staaten der Europäischen Union längst Wirklichkeit ist.

Ab dem 1. Januar 2015 gilt für alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus allen Branchen ein Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. In der anstehenden Übergangsphase bis zum 31. Dezember 2016 sind Abweichungen nur noch auf der Grundlage tarifvertraglicher Vereinbarungen im Arbeitnehmer-Entsendegesetz möglich sein. Damit werden die Tarifautonomie und die Gewerkschaften in Branchen gestärkt, in denen diese schwach vertreten ist.

Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro in ganz Deutschland und ausnahmslos für alle Branchen gelten.

Bei den Ausführungen von Andrea Nahles und auch in der anschließenden Diskussion werden wir auch sicherlich etwas zu den Ausnahmeregelungen hören. Es gibt derer nur zwei:

- erstens eine Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose
- zweitens eine Ausnahmeregelung für Auszubildende bzw. für unter 18jährige ohne Berufsabschluss – das waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit per Stand 30. September 2013 in Berlin 261 Jugendliche, die als Ungelernte tätig waren.

Der Mindestlohn bedeutet das Ende der „Generation Praktikum“ – klarge stellt ist, dass für junge Menschen mit Hochschul- oder Berufsabschluss, die in der Vergangenheit häufig monatelang für „lau“ als Praktikantinnen und Praktikanten tätig waren - selbstverständlich auch der Mindestlohn gilt.

Der gesetzliche Mindestlohn gilt für alle Beschäftigten, unabhängig von Arbeitszeit oder Umfang der Beschäftigung - und damit auch für Minijobberinnen und Minijobber. Das ist eine gute Nachricht für die 200.000 MinijobberInnen in Berlin.

Generell ist der gesetzliche Mindestlohn eine sehr wichtige Verbesserung gerade für Frauen. Denn diese üben die meisten Minijobs aus.

Der Mindestlohn gilt auch in Integrationsbetrieben

Für Integrationsbetriebe, in denen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten, wird bei Notwendigkeit eine Anpassung der Förderbedingungen geprüft, um die Zahlung des Mindestlohns zu kompensieren – hierzu werden wir sicherlich noch einiges von Andrea Nahles hören.

Der Mindestlohn bedeutet ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit

Erst in den nächsten Jahren werden wir die Verbesserungen durch den Mindestlohn vollständig spüren können, wenn Lohnerhöhungen dann auf dem Gehaltszettel der Menschen ankommen. Bundesweit zählen wir über 30 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und wir gehen davon aus, dass alleine vom Mindestlohn rund 4 Millionen Menschen direkt profitieren werden.

In Berlin ist der Mindestlohn von großer Bedeutung:

In unserer Stadt arbeiten knapp 1,2 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte - viele in Branchen mit geringer Tarifbindung und entsprechend vielen prekären und atypischen Jobs. Studien zufolge bekommt bisher jede vierte Berliner ArbeitnehmerIn einen geringeren Stundenlohn als 8,50 Euro. Knapp 130.000 Beschäftigte in Berlin müssen aufstocken, weil ihr Verdienst zum Leben nicht reicht - zusammen sind das 400 Millionen Euro jährlich, letztlich eine Subvention von geringen Löhnen durch Steuergelder. Dass wir hier zu einem Umdenken gekommen sind, ist ein großer Fortschritt.

Der Mindestlohn wurde gegen den Widerstand und die Vorbehalte von Ideologen und Lobbygruppen durchgesetzt. Diese haben in der Vergangenheit häufig soziale Gerechtigkeit und wirtschaftspolitische Erwägungen gegeneinander ausgespielt. Damit ist nun Schluss. Ich sage eindeutig: Der Mindestlohn ist vor allem wirtschaftspolitisch richtig! Der Mindestlohn erhöht die Kaufkraft in Deutschland. Und wir wissen, dass die wirtschaftliche Erholung in den kommenden Jahren nur durch starke Impulse von Seiten des Konsums möglich sein wird.

Liebe Anwesende,

wir alle wollen doch,

dass Geschäftskonzepte, die auf Lohndumping und Subvention aus Steuermitteln setzen, zukünftig nicht mehr erfolgreich sind. Ich finde,

- Dumpinglöhne zahlende Unternehmen machen sich schuldig an ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern,
- Dumpinglöhne zahlende Unternehmen sind Sozialschmarotzer
- Dumpinglöhne zahlende Unternehmen betreiben einen unlauteren, einen unfairen Wettbewerb, da sie solide wirtschaftende Betriebe gefährden.

Das schadet unserer Volkswirtschaft! Der Mindestlohn macht endlich Schluss mit diesem Unterbietungswettbewerb auf Kosten der Beschäftigten. Der Mindestlohn sorgt für faire Konkurrenz der Unternehmen untereinander - und vor allem: Der Mindestlohn ist die Anerkennung der hart erarbeiteten Leistung vieler Menschen.

Die weiteren beschlossenen Neuregelungen des Tarifpakets sorgen dafür, dass tarifvertragliche Mindestlöhne und die Tarifautonomie gestärkt werden:

- Seit Jahren nimmt die Tarifbindung in Deutschland ab. Nur noch die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet in Betrieben mit einem Branchentarifvertrag. Wir stoppen diese Entwicklung und sorgen so für mehr Gerechtigkeit im Arbeitsleben.
- Die Sozialpartnerschaft der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ist in den vergangenen Jahren schwächer geworden. Wir erleichtern deshalb die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen - so gelten diese auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht Mitglied der aushandelnden Parteien sind.
- Deshalb gilt künftig auch, dass das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für alle Branchen geöffnet wird.

Und lasst es mich schon zu Beginn dieser Veranstaltung sagen, liebe Anwesende:

Mit der SPD in der Regierung kommt unser Land voran. Sagt dieses bitte weiter!